

Gemeinde Lindlar



Auskunft erteilt: Diana Froitzheim
Geschäftszeichen:
Zimmer Nr.: 400
Telefondurchwahl: (02266) 96 410
Telefax: (02266) 96 7 410
Telefonzentrale (02266) 96 0
E-Mail: diana.froitzheim@gemeinde-lindlar.de
Homepage: <http://www.lindlar.de>

Lindlar, den 31.03.2009

Niederschrift

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die Niederschrift zur Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Bürgermeister

Gremium Gemeinderat	Sitzungs-Nr. 30
Sitzungsort Ratssaal „Alte Schule“, Eichenhofstraße 6, 51789 Lindlar	Sitzungstag 30.03.2009
Sitzungsbeginn 17.40 Uhr	Sitzungsende 18.45 Uhr

Anwesend:	Entschuldigt fehlten:
<p>Vorsitzender</p> <p>Tebroke, Dr. Hermann-Josef</p>	<p>CDU-Fraktion: Krieger, Dr. Klemens J.</p> <p>Parteilos: Weber, Walter</p>
<p>Mitglieder</p> <p>CDU-Fraktion: Bosbach, Alexander Braun, Wolfgang Broich, Elisabeth Brückmann, Armin Fischer, Achim Gräf, Wilhelm Heller, Guidor Hochscherf, Brigitte Kümper, Manfred Müller, Günter Schmitz, Hans Schmitz, Wilhelm Stadler, Wolfgang Walter, Ortwin Werner, Gerhard Wilbers, Dr. Andreas Willmer, Thomas</p> <p>SPD-Fraktion: Dinsing, Karl-Heinz Dreiner-Wirz, Jürgen Gaida, Dorothe Grüsges, Heinz-Dieter Heller, Manfred Kremer, Karl-Egon Nohl, Kurt Thiem, Heinrich Thomm, Stefan Voß, Heribert</p> <p>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Freese, Dr. Susanne Handke-Hahn, Annelie Heuwes, Patrick Schmitz-Siegfried, Pia</p> <p>FDP-Fraktion: Fleischhauer, Jutta Friese, Harald Klein, Dietmar</p>	
<p>Gäste</p>	
<p>von der Verwaltung</p> <p>Broich, Franz Hütt, Werner Urspruch, Ralf</p>	

behandelte
Tagesordnung
 zur 30. Sitzung des
 Rates der Gemeinde Lindlar
 am 30.03.2009

TOP	Beratungsgegenstand - Öffentlicher Teil -
1.	Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates
1a.	Benennung eines Schriftführers
2.	Fragestunde für Einwohner
3.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 18.03.2009 <i>- öffentliche Sitzung -</i>
4.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 18.03.2009 <i>- öffentliche Sitzung -</i>
5.	Gründung einer AöR mit der Gemeinde Engelskirchen zur Zusammenlegung der kommunalen Bauhöfe
6.	Informationen der Verwaltung
7.	Verschiedenes
TOP	Beratungsgegenstand - Nichtöffentlicher Teil -
8.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 18.03.2009 <i>- nichtöffentliche Sitzung -</i>
9.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 18.03.2009 <i>- nichtöffentliche Sitzung -</i>
9a.	Gründung einer AöR mit der Gemeinde Engelskirchen zur Zusammenlegung der kommunalen Bauhöfe
10.	Informationen der Verwaltung
11.	Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 17.40 Uhr und begrüßt die Ratsmitglieder sowie die anwesenden Vertreter der Presse.

Er weist zunächst auf die mit Schreiben vom 18.03.2009 nachgereichte Sitzungsvorlage zu TOP 5 sowie auf die mit Schreiben vom 26.03.2009 nachgereichte Ergänzungsvorlage zu TOP 5 hin und schlägt in diesem Zusammenhang vor, die Tagesordnung um den TOP 9a „Gründung einer AöR mit der Gemeinde Engelskirchen zur Zusammenlegung der kommunalen Bauhöfe“ zu erweitern, der im Zusammenhang mit TOP 5 der heutigen Sitzung steht.

Ferner weist er darauf hin, dass auch noch Korrekturen zur Unternehmenssatzung vorgeschlagen werden, die als Tischvorlage, ebenso wie die Berichterstattung zu TOP 3, wie auch zu TOP 8 der heutigen Sitzung, den Ratsmitgliedern vorliegen.

Diese Hinweise werden zur Kenntnis genommen und die Ergänzung der Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Zu TOP 1:

Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Zu TOP 1a:

Benennung eines Schriftführers

Beschluss:

Als Schriftführer für diese Sitzung wird Herr Franz Broich bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 2:

Fragestunde für Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu TOP 3:

Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 18.03.2009 - öffentliche Sitzung -

Die hierzu von RM Dreiner-Wirz gemachten Ergänzungen zum Schloss Heiligenhoven, zum Industriepark Klause und zur Zentraldeponie Leppe (mit diesen Themen habe sich der Regionalrat in seiner letzten Sitzung befasst) werden zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 4:**Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 18.03.2009 - öffentliche Sitzung -**

Da keine Einwendungen und Beanstandungen vorgebracht wurden, stellt der Vorsitzende die Richtigkeit der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 18.03.2009 - öffentlicher Teil - fest.

Zu TOP 5:**Gründung einer AöR mit der Gemeinde Engelskirchen zur Zusammenlegung der kommunalen Bauhöfe**

Nach dem nochmaligen Hinweis des Bürgermeisters auf die Sitzungsvorlagen und die Tischvorlage zur Änderung der Unternehmenssatzung in einigen Punkten, die er im Einzelnen erläutert, erklären sich die Fraktionsvorsitzenden Hans Schmitz für die CDU, Dreiner-Wirz für die SPD und Heuwes für Bündnis 90/Die Grünen unter Hinweis auf die ausführlichen Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss mit den Änderungen einverstanden und begrüßen allgemein, dass gemäß Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Weg gefunden worden ist, auch die kleineren Fraktionen als beratende Mitglieder im Verwaltungsrat zuzulassen, ohne dass das Gremium zu groß werde. Fragen und Anmerkungen, insbesondere zur Abstimmung der Änderungen mit dem Rat der Gemeinde Engelskirchen, werden von der Verwaltung beantwortet.

Für die FDP-Fraktion erläutert RM Fleischhauer nochmals die Gründe, weshalb sie einer Zusammenlegung der beiden Bauhöfe nicht zustimmen kann. Insbesondere seien die Risiken nicht einschätzbar und eine Liste über die eingebrachten (Sach-) Leistungen der jeweiligen Gemeinde liege nicht vor. Es fehle der Glaube, dass diese Zusammenlegung der beiden Bauhöfe gut gehen könne.

RM Klein ergänzt, dass mit einer Zusammenlegung der Bauhöfe ein Stück kommunaler Selbstverwaltung und damit auch ein Stück Bürgernähe verloren gehe und der Rat Kompetenzen abgebe sowie die Transparenz der Überwachung fehle, weil die Sitzungen des Verwaltungsrates nicht öffentlich seien. Dies stehe im Gegensatz zu der Tendenz, gerade die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Da man ergebnisoffen in die Diskussion gegangen sei, könne man jetzt auch gegen diese Zusammenlegung der beiden Bauhöfe stimmen.

Diesen Ausführungen wird von den RM Dreiner-Wirz für die SPD und RM Hans Schmitz für die CDU vehement widersprochen. Dabei wird angeführt, dass die interkommunale Zusammenarbeit gesetzlich gewollt ist und einen wesentlichen Beitrag zur Kosteneinsparung leisten kann, der in Zeiten „knapper Kassen“ unbedingt ausgenutzt werden muss. Gerade die Zusammenarbeit der Bauhöfe wird dabei als ein guter Einstieg gesehen, der weder die kommunale Selbstverwaltung noch die Bürgernähe beeinträchtigen wird. Auch die bisherige Auslagerung von gemeindlichen Aufgaben, z.B. in GmbH's, zeige, dass dadurch eine größere Handlungsfähigkeit und Handlungsspielräume geschaffen wurden, die z.B. zur Erhaltung des Parkbades beigetragen haben. Dies gelte auch für die Gründung einer AöR. Es gehe hier darum, Serviceleistungen unter einem wirtschaftlichen Einsatz der Ressourcen möglichst effektiv für beide Kommunen zu erbringen.

RM Friese betont noch einmal für die FDP-Fraktion, dass wegen unzureichender Zahlen ein Unternehmenskonzept nicht erkennbar und somit eine Bewertung der Auswirkungen durch die Zusammenlegung der beiden Bauhöfe nicht möglich sei.

Daraufhin erläutert der Bürgermeister nochmals in allen Einzelheiten jeden Schritt der bisherigen Prüfung, der von der Unternehmensberatung begleitet und von der Projektgruppe geprüft und ausgearbeitet worden ist. Die Synergieeffekte seien aufgezeigt, das

Gutachten zeige bei vorsichtiger Prognose dennoch Potenziale auf, dass Effektivitätssteigerungen und Kosteneinsparungen zu erzielen sind. In der Machbarkeitsstudie werde dargestellt, dass die Mitarbeiter beider Bauhöfe übernommen werden und die Transparenz der Leistungen und Kosten im NKF deutlich werden. Die Satzung regle die Einflussnahme der Gemeinderäte und beziehe jetzt auch kleine Fraktionen mit ein, die Standortfrage sei geklärt und stelle sich kostengünstig dar, und letztendlich ermögliche auch der organisatorische und zeitliche Ablauf es, zum 01.01.2010 mit der AöR zu starten. Es habe also eine sehr sorgfältige Analyse aller zu prüfenden Fakten stattgefunden, und man müsse jetzt an die Umsetzung gehen. Daraufhin fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

1. Die Unternehmenssatzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen „Baubetriebshof Engelskirchen-Lindlar, Anstalt des öffentlichen Rechts“ wird mit den vorgeschlagenen Änderungen in § 1 Abs. 6 Satz 6 (hier wird noch eingefügt: ... und vom Gemeinderat der Gemeinde Lindlar ...), § 5 Abs. 1 und Abs. 3, § 6 Abs. 3 Satz 2 und § 7 Abs. 8 beschlossen.
Außerdem wird in § 4 Abs. 2, Satz 2, erster Halbsatz, eingefügt: „... wird vom Verwaltungsrat auf die Dauer von bis zu fünf Jahren bestellt; ...“.
Darüber hinaus wird die Satzung jeweils von zwei Vertretungsberechtigten der Gemeinden Engelskirchen und Lindlar unterzeichnet.
2. Die in § 1 Abs. 6 der Unternehmenssatzung auszuweisende Höhe des Stammkapitals sowie die Höhe der eingebrachten Sacheinlagen werden zu einem späteren Zeitpunkt durch die Räte der beiden Gemeinden bestimmt.
3. Der Entwurf der Eröffnungsbilanz sowie die Übersicht des zu übertragenden Anlagevermögens werden zu einem späteren Zeitpunkt durch die Räte der Trägerkommunen beschlossen.
4. Der Standort des neuen interkommunalen Bauhofes Engelskirchen-Lindlar soll im Industriepark Klause realisiert werden.
5. Die Ausschreibung und die Besetzung der Stelle des ersten Vorstandes soll zunächst für drei Jahre auf Grundlage des vorgeschlagenen Anforderungsprofils erfolgen.

Abstimmungsergebnis:	Nein-Stimmen	3
	Enthaltungen	0
	Ja-Stimmen	32

RM Dreiner-Wirz bittet, den Verein Soziale Dienste, der im alten Bauhof ein Möbellager unterhält, baldmöglichst darüber zu informieren, was mit den Räumlichkeiten geschieht, damit sich der Verein gegebenenfalls rechtzeitig anderweitig umsehen kann. Dies wird von der Verwaltung zugesagt.

Zu TOP 6:

Informationen der Verwaltung

Seitens der Verwaltung liegen keine Informationen vor.

**Zu TOP 7:
Verschiedenes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Rückfragen oder Anmerkungen.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil und verabschiedet die Vertreter der Presse.

Ende des öffentlichen Teils